

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Freitag, den 12. Dezember 1919, Nr. 485.

Die 20 Hellerscheine der Gemeinde bis 31. Jänner 1920 gültig. Da die Kleingeldnot noch immer andauert, beschloß der Stadtrat über Antrag des StR. Breitner die Einlösefrist für die 20 Hellerscheine der Gemeinde Wien, die bisher bis 31. Dezember 1919 bemessen war, bis 31. Jänner 1920 zu verlängern. Es können schon die 20 Hellerscheine bis zu diesem Zeitpunkte bei der städtischen Hauptkasse eingelöst werden.

Kartoffelabgabe Samstag bis Dienstag werden im 14. und 15. Bezirk ausländische Kartoffeln zum Preise von K 4.50 per kg, und zwar 1/2 kg pro Kopf gegen Abtrennung des Buchstabens „C“ der Kartoffelkarte abgegeben.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Freitag, 12. Dezember 1919, Nr. 486.

Aus dem Stadtrat. Über Antrag der StR. Amalie Seidel beschloß der Stadtrat, dem Hilfsverein vom Roten Kreuz für den Labedienst, der aus dem Osten Heimkehrenden einen Betrag von 50.000 K zu bewilligen. Dem Verein „Settlement“ der sich die Bekämpfung der Tuberkulose zur Aufgabe gemacht hat und eine Kinderheilstätte unterhält, wurde ein Stadtbeitrag von 10.000 K bewilligt. Im städtischen Kindergarten K., Leinbergergasse wird eine Küche für die Ausspeisung der Kinder eingerichtet.

Titelverleihung. Der Stadtrat hat dem Leiter des magistratischen Bezirksamtes I Magistratssekretär Dr. Alois Benesch, dem Leiter des magistratischen Bezirksamtes XVIII Magistratssekretär Ferdinand Ehrenfels und dem Vorstände der Magistratsabteilung XXI Magistratssekretär Christian Dorfinger den Titel Magistratsrat verliehen.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung, vom 12. Dezember 1919.

Bgm. Reumann macht in Angelegenheit des Hilfswerkes für Wiener Kinder folgende Mitteilungen: Depeschen sind eingelangt aus

Aus Augsburg:

Oesterreichische Gesellschaft Augsburg kann bei guten Familien 200 arme unterernährte Kinder im Alter von 5 bis 8 Jahren sofort unterbringen. Dauer des Aufenthaltes 3 bis 4 Monate. Präsident Hämmerle.

Aus Schwetzingen:

Auf unsere Veranlassung bereits über 100 Familien freudigst bereit erklärt, über Winter je ein Wiener Kind in Pflege zu nehmen. Namensverzeichnis folgt per Post. Bitten umgehend Weiteres zu veranlassen, Fürsorgestelle verständigem Schwetzingen - Zeitung.

Aus Darmstadt:

Veranlaßt durch einen Aufruf in der hessischen Landeszeitung haben sich eine Anzahl Bürger Darmstadts und Umgebung bereit erklärt, eine Anzahl Wiener Kinder den Winter über in Pflege zu nehmen. Hessische Landeszeitung Darmstadt.

Aus Augsburg:

Ihr Brief nicht eingetroffen. 200 Wiener Kinder werden hier auf Weihnachten bestimmt erwartet. Oesterreichische Gesellschaft Augsburg.

Aus Frankfurt am Main:

Frankfurter Familien wollen auf Weihnachten etwa 50 arme Wiener Kinder

kostenlos aufnehmen; bitte Maßnahmen zu treffen. Deutschösterreichischer Bundeslanger.

Aus Hadersleben:

Vorläufig 50 Kinderangebracht, 35 Mädchen, 15 Knaben im Alter von 4 bis 10 Jahren. Erwarte Nachricht, wann dieselben kommen können. Hans Magnusson.

Aus München:

Bayrischer Städtebund hat seine Mitglieder zur regen Beteiligung an der deutschen Hilfsaktion für unsere Stammesbrüder in Oesterreich aufgerufen. Knorr, Bürgermeister.

Aus Karlsruhe:

Wir haben gestern Aufruf erlassen, der die Bürgerschaft der Badischen Landeshauptstadt Karlsruhe auffordert, Wiener Kinder bei sich aufzunehmen. Zahlreiche Anmeldungen guter Familien liegen bereits vor. Badische Landeszeitung.

Aus Donaueschingen:

Bezirk Donaueschingen, 24.000 Einwohner landwirtschaftltreibende Bevölkerung bereit etwa 20 bis 30 arme unterernährte Wiener Kinder während des Winters in Pflege zu nehmen. Bezirksamt.

Bgm. Reumann hat bereits alles veranlaßt worden, damit die Orte die notwendige Verständigung bekommen. Ich bitte den Gemeinderat von dem Zeichen der wärmsten Sympathie für die Wiener Bevölkerung Kenntnis zu nehmen. (Lebhafte Zustimmung).

Gespendet haben: Konsul L. Ch. Jacobsen, Christiania für die notleidende Bevölkerung Wiens 200.000 K, Felix Bloch Erben, Berlin für die hungernden Kinder Wiens 5.000 K, internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (englischer Zweig) für Reisezwecke österreichischer Kinder erste Rate einer Sammlung 60.443 K, J. Seeligmann, London, zur gleichmäßigen Unterstützung armer jüdischer Kinder einerseits und anderer armer Kinder andererseits 40.000 K, Fritz Kreisler, New-York, für notleidende Musiker Wiens durch die Administration der „Neuen Freien Presse“ 10.000 K, Arthur Kühne, Leiter der Gesellschafter der Verbandstoff-Fabrik Rauscher & Co. durch Gemeinderat Wimmer zum Ankauf von Weihnachtsäpfeln zu Gunsten der Wiener Kinderspitäler 10.000 K, Holzbauer, Eigentümer des Wiener Lichtspieltheaters im XVII. Bezirke, aus einer Wohltätigkeitsakademie zur Verteilung an Wohltätigkeitsinstitute und Bedürftige des VII. Bezirkes 1.350 K, Klemens Elias Oppenheim, Frankfurt am Mai, für die notleidende Wiener Bevölkerung 1000 K, Alfred Grumbt in Dresden für die Notleidenden der Stadt Wien 1000 K, Dr. Ernst Berger, Berlin-Wilmersdorf, für bedürftige Kinder deutscher Stammesgehörigkeit 100 K, Jakob Pollak in Brüssel für die Armen der Stadt Wien 264 K, Viktor Monath, Ingenieur, für die Armen Wiens 200 K, Regierungsbaumeister R. Hochhener in Koburg zur Milderung der Not der Wiener Bevölkerung einen Scheck auf 50 Mark, Eduard Seiffert im Staate New-York für die Aermsten der Stadt Wien 2 Kisten amerikanischen Speck und ein ungenannter Spender für armen Wiener Kind als Weihnachtsgabe 5 Schweizer Franken.

Schriftführer GR. Huber (chr. soz.) verliest den Einlauf.

GR. Adele Bartisa (Soz. Dem.) führt ^{einer} in Anfrage aus: In der Versorgungsanstalt in Lainz wird bei Bestellung von Leichenbegängnissen kein schriftlicher Kostenvoranschlag an die Besteller aufgeföhrt. Der jeweilige Besetller hört nur was die Leiche kostet, ohne zu wissen, was da alles bezahlt wird und wählt nach dem Preis, oft über seine Mittel, nur um dem Verstorbenen das letzte nicht zu versagen. Bei der Bestellung ist gleich zu bezahlen, wofür nur eine Quittung gegeben wird. Erst in einigen Tagen erhält man die Rechnung, aus der dann erst zu ersehen ist, was eventuell zu ersparen gewesen wäre. Auf eine Anfrage wurde von der Kanzlei des Versorgungshauses mitgeteilt, daß keine Kostenvoranschläge mehr gegeben werden, da früher viel Verdruß deshalb entstand, weil die Leute dann zu anderen Leichenbestattern gingen. Da die Gemeinde nicht aus dem Schmerz der Leidtragenden Nutzen ziehen darf, so wird gefragt, ob der

Bürgermeister veranlassen wolle, daß jeder Besteller eines Leichenbegängnisses im Lainzer Versorgungshaus einen schriftlichen Kostenvoranschlag bekommt.

Bgm. Reumann: Ich finde keinen stichhaltigen Grund, die Besteller von Leichenbegängnissen in der Filiale der städtischen Leichenbestattung im Lainzer Versorgungshaus ungünstiger zu behandeln, wie in den übrigen Filialen der städtischen Leichenbestattung. Es ist Tatsache, daß die Besteller von Leichenbegängnissen in der bezeichneten Filiale schriftliche Kostenvoranschläge nur über ausdrücklichen Wunsch erhalten, in den übrigen Filialen der städtischen Leichenbestattung jedoch in jedem Falle. Ich werde die Direktion der städtischen Leichenbestattung anweisen, zu veranlassen, daß auch die Filiale im Lainzer Versorgungshaus den Bestellern stets schriftliche Kostenvoranschläge ausfertigt.

GR. Jonschik (Soz. Dem.) weist darauf hin, daß viele Holzhändler jenen Parteien, die angezeichnete Kohlenbezugscheine besitzen, mit denen sie Holz aus dem Wiener Wald bezogen haben, die Abgabe des Küchenbrandes verweigern und fragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, daß eine klare Ergänzung zu der Verordnung der Landesregierung betreffend dem Bezug von Holz aus dem Wiener Wald herausgegeben wird, in der die Holz- und Kohlenhändler bei eventueller Strafbarkeit darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie die ihnen zugewiesenen Kohlen- und Holzungen an die rayonierten Kunden abgeben.

Bgm. Reumann: Der Anspruch auf Kohle oder Holz erfährt durch die Bezeichnung der Abchnitte der Küchenbrandkarte keinerlei Einschränkung. Der Vorsteher der Genossenschaft der nichtprotokollierten Kleinhändler mit Brennmaterialien wurde diesbezüglich bereits in Kenntnis gesetzt, mit dem Ersuchen, die Genossenschaftsmitglieder zu verständigen.

GR. Reisner (Soz. Dem.): sagt in seiner Anfrage: Bei den Bezirksämtern werden laut Kundmachung der Landesregierung Erlaubnisscheine zum Sammeln von Brennholz ausgegeben. Diese Erlaubnisscheine gelangten an den ersten Tagen mit der Amtstempelung versehen zur Ausgabe. Der Verkehr hat sich klaglos abgewickelt. Der Magistrat hat nun verfügt, daß die Erlaubnisscheine nicht mit der Amtstempelung versehen sind, nur hat er es unterlassen gleichzeitig die Kontrollorgane zu verständigen, daß die ungestempelten Erlaubnisscheine Gültigkeit haben. Alle Besitzer von Erlaubnisscheinen kommen zurück, bestürmen das Bezirksamt und beharren darauf, daß die Erlaubnisscheine abgestempelt werden.

Bgm. Reumann: Die Anfrage wurde erst um 1/4 4 Uhr nachmittags überreicht. Ich konnte daher Informationen nicht mehr einziehen, werde aber nach Massgabe der tatsächlichen Verhältnisse daß entsprechende verfügen.

GR. Marie Wielisch (chr. soz.) interpelliert wegen Flüssigmachung des am 15. November fälligen Anerkennungsgabensrestes an die Hausbesorger und Ausbezahlung der Anerkennungsgabe an die Hausbesorger der der Gemeinde Wien als Eigentümerin oder Verwalterin unterstehenden Häuser und fragt, ob der Bürgermeister die sofortige Auszahlung des am 15. November fälligen Drittels an die gesamten Hausbesorger als auch der bisher verweigerten Beträge der der Gemeinde unterstehenden Häuser veranlassen wolle.

Bgm. Reumann: Die Anerkennungsgabe für die Säuberung der Gehsteige wurde mit zwei Dritteln der Höhe bereits anbezahlt. Der am 15. November l. J. fällig gewordene Rest von einem Drittel wird in Laufe dieses Monats und anfangs Jänner vom Stadtbaumeister angewiesen und dürfte die Auszahlung im Jänner beendet werden. Da rund 30.000 Anweisungen notwendig sind, kann eine kürzere Zeit trotz aller Beschleunigung nicht erreicht werden. Den Hausbesorgern an den der Gemeinde als Eigentümerin oder Verwalterin unterstehenden Häusern wurde nur in jenen Fällen die Anerkennungsgabe nicht angewiesen, in denen sie ein bedeutend höheres Jahrespauschale für die Gehwegreinigung von der Gemeinde Wien ohnehin beziehen.

... die Sie mir auszustellen, wie mein Antrag vom 28. Juni 1918 bezüglich der
Verleihung der Frauenhilfsaktion in eine Frauenfürsorgestelle behandelt
... Ich frage weiters an, ob der Herr Bürgermeister weiß, wie in manchen
Zirkeln die Frauenhilfsaktion hinausgeekelt worden ist: Infolge Entziehung
der Befugnisse der in der Hilfsaktion tätigen Frauen z. B. bezüglich Ausgabe
von Gutscheinen für die Ausspeisung mußten sich die Ausspeisbedürftigen Gut-
scheine in den Armeninstituten holen, was für die Bedürftigen einige Stunden
verlorener Arbeitszeit für die Kranken eine unnütze Andregung bedeutet. Wir
Frauen vom Frauenarbeitskomitee wissen, daß infolge Mangels der Kontrolle
die in der Ausspeisestelle gehaltenen Speisen verkauft, oder eingetauscht werden
um dann als Viehtrank oder Gänsefutter Verwendung zu finden. Das Kuratorium
gibt ohne Karten Speisen aus bloß um nicht die Speisekammer schließen zu
müssen.

BGM. Reussner: Auch diese Anfrage ist erst um dreiviertel 4 Uhr eingelangt,
so dass keine Erhebungen mehr gepflogen werden konnten. Ich bitte die Anfrage
früher einzubringen, wenn sie noch in der selben Sitzung beantwortet werden
sollen.

GR. Freyer (chr.-soz.) beantragt: Das Reklamewesen soll von jeder Art
unsittlicher Darstellung gestäubert werden, eine strenge Filmzensur hat
alle Schaulustigungen zu verbieten, welche die Sittlichkeit des Volkes
untergraben, Kinobesitzer, die das Verbot des Zutrittes von Jugendlichen
zu bestimmten Vorstellungen missachten, sind streng zu bestrafen und die
Verabfolgung von Schundliteratur an Jugendliche ist zu verbieten, desglei-
chen die Anstellung und Anpreisung in den Anlagewerben.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsässigen Behandlung zugewiesen.

Es wird hierauf zur Tagesordnung übergegangen.

GR. Speiner (Soz.-Den.) legt die Anträge des Stadtrates betreffend die
Feuerungsmassnahmen zu Gunsten der Angestellten vor. Der Redner erklärte
eingangs, dass die Gemeinde mit einem gewissen Gefühl der Freude an die Vor-
lage herantreten könne, weil sie den Wünschen der Angestellten bis auf eine
einzige Ausnahme entgegen komme. Er erörterte dann die Forderungen des
Verbandes der Angestellten der Gemeinde Wien und schilderte die Verhandlungen
im paritätischen Komitee, wobei er sich besonders mit der Einführung der
Additionalzulage beschäftigte, mit der versucht werden soll der Teuerung ge-
recht zu werden. Der Redner zog dann einen Vergleich zwischen den Verhält-
nissen der Angestellten bei Staat und Gemeinde und erklärte zum Schluss: Der
Moment wo wir an die Bewilligung der Forderungen der Angestellten schreiten,
ist gewisse eine Stunde, an die man mit Ernst und Sammlung herantreten muss,
eine Stunde, in der wir uns überlegen müssen, wie wir die Zuwendungen, die
wir aus dem Gemeindepöckel machen, bedecken. Es ist eine freudige Stunde, in
Bezug auf den Umstand, dass die Zuwendungen für die Angestellten der Gemeinde
Wien wieder ein Stück Leben für die nächste Zeit bedeuten, soweit überhaupt
in der jetzigen Zeit von Leben gesprochen werden kann, eine Stunde aber auch
an die wir mit Ernst und Sorgen herantreten, was aus den Ansätzen unseres
Budgets und den dem gegenüber geringfügigen Ansätzen in unseren Einnahmen
werden soll. Das es uns diesmal möglich war die Forderungen der Bediensteten
vom 23. Oktober d.J. bis auf einen geringfügigen Punkt - es handelt sich nur
um die Anfallszeit - zu befriedigen erfüllt uns mit Genugtuung, aber wir sind
da überzeugt, dass die Angestellten auch mit diesen Beträgen, die sie jetzt
erhalten werden, keine weiten Sprünge machen können, dass es allerhöchstens
wieder nur um ein Existenzminimum handeln kann, wobei von einer Existenz
die auch auf Kulturbedürfnisse Rücksicht nimmt, nicht die Rede sein kann.
(Rufe bei den Christlichsozialen: Sie bleiben weiter Proletarier.) Wie sie
bis jetzt Proletarier waren! Sie bleiben es weiter und maschieren nunmehr
auf der gemeinsamen Linie mit den anderen, die vielleicht schon früher als
sie erkannt haben, dass sie alle zusammen Proletarier sind, proletarisch le-
ben und mit proletarischen Kampfmitteln die Erfüllung ihrer Forderung
suchen müssen. Ich möchte nur in dieser ersten Stunde, in der diese
Bewilligungen vorgenommen werden, der Hoffnung Ausdruck geben, dass es
allen öffentlichen Körperschaften in Oesterreich gelingen möge, mit Hilfe

derjenigen, die verpflichtet sind uns Hilfe zu leisten, weil sie uns den
sogenannten Friedensvertrag auferlegt haben, uns alle herauszuführen aus
der furchtbaren Not und dem furchtbaren Blind dieser Zeit, dass es diesen
öffentlichen Körperschaften gelingen möge, endlich jene Lebensverhältnisse
und jene Arbeitsverhältnisse zu schaffen, die in Deutschösterreich allein
arbeitenden Menschen, den Angestellten in den Schreibstuben, den Arbeitern
in den Fabriken und den Arbeitern hinter den Pflügen soviel Einkommen
sichern, als sie für ihr Leben und für die Befriedigung eines gewissen Aus-
masses von Kulturbedürfnissen unbedingt brauchen. (Lebhafter Beifall bei
den Sozialdemokraten.) Ich möchte bitten, dass der Gemeinderat in diesem
Sinne den heutigen Vorlagen seine Zustimmung gewährt.

bemessen, weil sie sich nur auf 4 Bedarfsartikel stützt, nämlich auf Mehl,
Brut, Fett und Zucker. Die Grundlage ist auch deswegen unrichtig, weil sie
sich nur auf die rationierten Mengen bezieht, von denen bekanntlich der
Mensch nicht leben kann. Was aber die christlichsoziale Partei an der Vor-
lage mit besonderer Befriedigung erfüllen kann, ist der Umstand, dass das
Schema, welches am 24. April von uns vorgeschlagen wurde, nunmehr auch für
die Staatsbeamten und Landesbeamten angenommen wurde.

Die Kosten, die die Gemeinde hätte, betragen 31,4 Millionen einmalige
Ausgaben und 175 Millionen sich wiederholende Ausgaben. Faktisch hat die Ge-
meinde keine Kosten; die Beträge für diese Mehrbelastung werden vom Staate
überwiesen als Vorschüsse auf die seinerzeit zu erfolgenden Ueberweisungen.
Ich bin nun der Ueberzeugung, dass diese Ueberweisungen nicht erfolgen und
daher auch die Rückzahlungen nicht zu leisten sein werden. Es ist das erste-
mal, dass der Staat für die Gemeindebesoldung Summen übernimmt und auf
diesem Umstand, dass der Staat die Kosten übernimmt, dürfte es zurückzuführen
sein, dass der Referent die Vorlage mit solcher Wärme vertritt. Denn vor
14 Tagen hat er erklärt, dass/aus ^{er} finanziell/Rücksichten ^{er} derartige Mass-
nahmen/nicht in der Lage sei.

Die Ursache des Umstandes, dass die Summe des aufgewendeten Betrages
so gross ist, obwohl die einzelnen Angestellten keineswegs übermässig hoch
bezahlt werden, liegt in dem Uebermasse in der Hypertrophie von öffentlichen
Angestellten. Die Ursache dieser Hypertrophie ist in erster Linie der Zu-
sammenbruch. Es ist klar, dass es nicht im Interesse der Angestellten und
des Staates liegen kann, dass eine solche Riesenzahl von Angestellten in
einem so kleinen Staate besoldet werden muss. Diese Hypertrophie von Ange-
stellten trifft auch bei der Gemeinde Wien zu und hier sind nicht die Gründe
massgebend, die für den Staat angeführt wurden. Die Gemeinde ist nach dem
Zusammenbruch nicht kleiner geworden. Wir hatten früher 40.000 Gemeindeange-
stellte und heute über 54.000. Bei der Strassenbahn ist trotz der Betriebs-
einschränkung, des früheren Verkehrsstillstandes die Zahl der Angestellten
von 12.000 auf 17.000 gestiegen. Im Jubiläumshospital haben wir 1000 Patien-
ten und über 800 Angestellte. (Hört), so dass beinahe auf jeden Patienten
ein Angestellter entfällt, wodurch die Kosten für einen Patienten auf
über 50 K per Tag kommen, während die Gemeinde Wien bloss 12 K einhebt, so
dass sich bei dieser kleinen Anstalt ein tägliches Defizit von 38.000 K
oder jährlich über 12 Millionen ergibt. Die Lungenheilanstalt Steinklamm
hat 250 Patientinnen und 200 Angestellte. Das ist darauf zurückzuführen,
dass der Achtstundentag eingeführt wurde und die Verwaltung so geführt wird,
dass es nicht möglich ist, eine kleinere Zahl anzustellen. Ich erhebe im
Interesse der Angestellten die Forderung nach ehebaldigster Vorlage einer
gründlichen Verwaltungsreform, bei welcher eine ordentliche Diensterteilung
Platz greift, und nach Beseitigung des Amtsschimmel; dann werden wir weniger
aber zufriedene Angestellte haben, die uns denselben Dienst leisten, wie
heute die vielen unzufriedenen Angestellten.

Die Zehntausende von Angestellten, die im Kollektivvertrage stehen, sind
von diesen Erhöhungen, wie sie heute vorgeschlagen werden, insbesondere von

dem einmaligen Anschaffungsbeitrag ausgeschlossen. Es heisst, sie werden
auf die Industriekommission verwiesen. Solange können wir nicht warten,
bis die Industriekommission diese Dinge erledigt. Schon im Mai haben wir
den Kollektivvertrag als nicht geeignet für städtische Angestellte bezeich-
net und heute wird dies deutlich dargestellt.

Die Strassenbahner aber mussten in den Kollektivvertrag hinein. Heute zeigt
ich, dass die Gruppeneinteilung besser ist. Es ist eben der Standpunkt, der
richtige, dass ein Gemeindeangestellter sich wieder nur mit einem Gemeinde-
angestellten vergleichen kann. Die Pensionisten und Altpensionisten bekom-
men 100 K Teuerungszulage. Da ist nur zu hoffen, dass auch für diese in der
zwischenamtlichen Stelle eine Regelung geschaffen wird. Vergessen wurden in der
Vorlage die Priester in den Versorgungsanstalten. Es muss darauf hingewiesen
werden, dass die Priester in Lainz 85 K Monatsgehalt bekommen, und es wird
ein diesbezügliches Referat vom Gemeinderate erwartet.

Auch nach den Zuwendungen ist die Lage der städtischen Angestellten keine
glänzende. Und wenn die Dinge so fortgehen, so haben wir uns in 2 Monaten
wieder mit einem ähnlichen Referate wie das vorliegende zu befassen. Da muss
man eben fragen, kann denn der Staat weiter bestehen und ist er überhaupt
existenzfähig? Die letzten Monate haben das Gegenteil gezeigt. Das ganze
System ist ein derartiges, dass keine Aussicht vorhanden ist, von den Mächten
einen nennenswerten Kredit zu erhalten. Von allen Seiten ertönt der Ruf nach
Ordnung und Autorität in diesem Staate. Es darf nicht weiter die Ungesetz-
lichkeit unterstützt werden und es muss Ordnung, Pflichtgefühl und die
Achtung vor dem Gesetze wieder in die Bevölkerung einkehren. So lange aber
Institutionen geschätzt werden, die sich damit befassen, die Ordnung zu
untergraben, und so lange die politischen Leidenschaften aufgeheizt werden
den, kann es keine Hoffnung auf Rettung geben. In der Hoffnung, dass in
diesem Sinne etwas vorgekehrt wird, stimmen wir für die Vorlage.

GR. Haider (chr.-soz.) verweist darauf, daß sich die Staatsbediensteten
organisationen und sonstigen Körperschaften von Staatsangestellten seit
Jahren abmühen um die sogenannte Besoldungsreform zu erhalten. In der Un-
fähigkeit der Staatsverwaltungen war es nicht möglich diese Reform durchzu-
führen, der Grund hierfür sei aber auch darin zu suchen, dass in den
Ausschüssen, in denen die Staatsbeamtenfragen behandelt werden, zum grossen
Teile nur die Angehörigen der sozialdemokratischen Bedienstetenarbeiter-
schaft. Notwendig ist es aber auch darauf zu verweisen, dass auf ein
Besoldungsschema zurückgegriffen wurde, das aus dem Schosse der früheren
Mehrheit geboren wurde. Diese Tatsache spricht dafür, dass in den Reihen
der früheren Gemeinderatsmehrheit genügend soziales Verständnis vorhanden
war für Reformen, die heute Beispielgebend für den ganzen Staat geworden
sind. Es ist klar, daß die große Summe des Erfordernisses für die Zulagen an
die Staatsbeamten in der Bevölkerung Beunruhigung hervorruft, aber solange
kein Abbau der Preise erfolgt, wird die Beamtenstaff immer mit neuen Lohn-
forderungen kommen müssen. Die Christlichsozialen sind nicht diejenigen,
welche die Misstimmung unter den Bediensteten parteipolitisch auszunützen
suchten, sondern wenn sie sich veranlasst sehen, die Interessen der Finan-
gestellten wirksam zu vertreten, so geschieht dies ausschließlich deshalb,
weil sie die Notwendigkeit und die volle Berechtigung der Reformen anerkennen.
Wir sind auch bereit bei den notwendigen finanziellen Reformen mitzuarbeiten,
unsere Abgeordneten haben wiederholt auf die Notwendigkeit auf die Finanz-
reform und Vermögensabgabe hingewiesen, aber seitens der Sozialdemokraten
wurde ein großer Fehler dadurch begangen, daß diese es zugelassen haben,
daß bereits die grössten und reichsten Kriegsgewinner, die Hyänen des Volkes,
die Grenzen unseres Vaterlandes verlassen haben und daß gerade diese Elemente
nicht mehr zur Vermögensabgabe herangezogen werden können. (Zwischenrufe
bei den Sozialdemokraten).

Redner wendet sich dann dagegen, daß die Strassenbahnbediensteten und
alle übrigen unter Kollektivverträge eingeschlossenen Angestellten von
den gegenwärtigen Zulagen ausgeschlossen werden und verlangt, daß diese
wie vollwärtige Gemeindebedienstete behandelt werden.

Ad E. Bogen Mittelspalte.

Nach dem ersten Absatz fehlt der jetzt folgende Anfang der Rede
des G.R. Vaugoin

GR. Vaugoin (christlichsozial) Der Herr Berichterstatter hat gesagt, dass er sich des Ernstes der Lage bewusst ist, in welcher eine defektive Vorlage von Gemeinderat und in wenigen Tagen von der Nationalversammlung beschlossen wird. Wir sind uns auch bewusst, dass die Lage unseres Staates in unserer Stadt eine ungemein ernste ist. Die Teuerung, von der wir hoffen, dass sie nach dem Friedensschlusse nachlassen wird, hat sich gerade in den letzten Tagen sprunghaft erhöht und der Blick in die Zukunft ist trostlos. Unter der Bevölkerung leiden am meisten die öffentlich Angestellten. So war die Situation schon vor 14 Tagen hoffnungslos als die öffentlichen Angestellten zusammentraten, fest entschlossen in Streik zu treten, wenn diesmal ihre Forderungen nicht erfüllt werden. Nicht Uebermut hat sie zu dem Schritt getrieben, nicht Verhetzung, sondern die bitterste Not. Damals vor 14 Tagen habe ich mir erlaubt, dem Gemeinderat Anträge einzubringen, die sich fast mit den heutigen des Herrn Referenten deckten. Damals erklärte mir der Herr Referent, diese Anträge seien undurchführbar, sie seien Demagogie. Ich habe heute die Genugtuung, dass meine Anträge zur Annahme vorgeschlagen werden, daraus geht hervor, dass sie nicht demagogisch waren.

Redner bespricht sodann die Vorlage und sagt: Zumeistensmale ist die additions- oder gleitende Zulage eingeführt. Diese ist wohl etwas mangelhaft bemessen, weil sie sich nur auf 4 Bedarfsartikel

Niederländischen Hilfskomitee für die Wiener Kinder. Die für den 17. und 28. d.M. im Augartenpalais für Vormittag und Nachmittag anberaumte ärztliche Untersuchung von Kindern, welche nach Holland abgehen sollen, wurde auf Montag den 23. d.M. vormittags 9 Uhr verschoben.

Für die Wiener Kinder. In der heutigen Stadtratsitzung teilte VB. Winter mit, dass die Gemeinden Bologna, Reggio Emilia und andere sozialistische Stadtvertretungen schon Vorbereitungen für die Aufnahme von Wiener Kindern getroffen haben. Von Seite der italienischen Regierung wird den Wiener Kindern wahrscheinlich ein Separatvertrag zur Verfügung gestellt, der dieselben von der Grenze nach ihren Bestimmungsorte bringen wird. Der Vicebürgermeister teilte weiter mit, dass er bereits an die genannten Gemeindevertretungen Telegramme gerichtet habe, in welchen er ihnen namens der Gemeinde Wien für ihre hochherzige Fürsorge den wärmsten Dank der Gemeinde übermittelte.

GR. Haider stellt zum Schluss folgenden Antrag: Der Gemeinderat wolle beschließen, dass die für die Gemeindebediensteten am 12. Dezember 1919 beschlossene Reform, besonders bezüglich der einmaligen Zuwendung auch auf unter die Kollektivverträge fallenden Bediensteten Anwendung findet.

GR. Kunschak (chr.-soc.) Ich habe mich wegen einer Richtigstellung der Worte gemeldet. Der Herr Referent hat die Behauptung aufgestellt, dass die heutige Vorlage einer Massnahme der Regierung entspricht, welche deshalb unternommen würde, um eine Gleichstellung der Staatsbeamten mit den Gemeindebeamten vorzunehmen. Tatsächlich erscheint das auch in der Regierungsvorlage angedeutet, trifft aber durchaus nicht zu. Was die Regierung

gemacht hat, ist keine Ausgleichung, sondern ein Flickwerk, das sich sehr zu Unrecht als Ausgleichung an die Bezüge der Gemeindebediensteten aus gibt. Weder hinsichtlich der Grundgehälter noch der Ortszulagen, die die Stelle des Quartiergeldes bei den Gemeindebeamten vertreten soll, noch hinsichtlich der Vorrückungsfrist ist eine Ausgleichung hergestellt. Redner bespricht sodann ziffernmässig die Ungleichheit der Vorlage im Vergleich zu der Vorlage in der Nationalversammlung bezüglich der Staatsbeamten. Er weist auch auf die Ungleichheiten hin, die in den beiden Vorlagen bezüglich der Zeitvorrückung bestehen. Was die Arbeit der Zwischenamtlichen Stelle betrifft, so habe diese gar keinen Wert, denn das, was dort geleistet wurde, hätte in viel kürzerer Zeit auch ein Diarist des Magistrates geleistet. Wenn Redner sich kontra zum Worte gemeldet habe, um diese Sachen abzuführen, so werde ihn das nicht hindern, für die Vorlage zu stimmen.

GR. Poppler (chr.-soc.): Es hat nur ein paar Tage Späße von 14 Tagen bedurft, um aus dem Saulus einen Paulus zu machen. Diese Wandlung war aber keine freiwillige und ich weiss nicht, ob der Gemeinderatspräsident votierte Dank Resonanz finden wird. Ich bedaure nur, dass diese energische Haltung seitens der Beamtenschaft notwendig war, denn es hätte der Autorität der Gemeinde sicher mehr genützt, wenn es nicht notwendig gewesen wäre, das Gemeinderatspräsidium unter das kardinische Joch der Organisation zu zwingen. Wenn gesagt wurde, dass die Angestellten, Proletarier waren und auch in Zukunft bleiben würden, dann beweist dies, dass die heutige Mehrheit nicht den Willen hat die Verwaltung besser zu führen wie die frühere Mehrheit. Die früheren Proletarier waren sicherlich zufriedener Proletarier. Der Redner stellt schliesslich verschiedene Zusatzanträge, darunter den, dass jene Bediensteten welche weder unter Kollektivverträge, noch unter das Gehaltsthema der übrigen Beamten fallen, wie z.B. die Bediensteten des Wohnungsamtes, ebenfalls die Zulagen und den Teuerungsbeitrag erhalten sollen. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

GR. Huber (chr.-soc.): Die Bediensteten des Wohnungsamtes haben einen Tagelohn von K 12.-!

GR. Dannerberg (Spk.-Den.): Man darf wohl von der ganzen Vorlage sagen, dass sie die Zufriedenheit und die Zustimmung der zuständigen Stellen, das heisst vor allem der Angestellten gefunden hat, und man darf wohl darauf hinweisen, dass es auch angesichts des Besoldungsübergangsgesetzes Beamte gibt, die, obwohl wir alle wissen, dass heute trotz dieser Zulagen nur ein proletarisches Dasein möglich ist, den Kopf schütteln und sich fragen, woher denn die Mittel kommen werden, die den öffentlichen Angestellten diese Bezüge auch wirklich auf die Dauer sichern. Ich will da gar nichts von der Haltung der Herren von der Minderheit reden, die sich da so für die unter den Kollektivverträgen stehenden Angestellten einsetzen, die aber jedesmal, wenn es sich um Bedeckungslasten handelt, natürliche gegen alle Anträge sind. (Zwischenrufe bei den Christlichsozialen). Diese Frage ist noch viel ernster. Vergessen wir nicht und auch die öffentlichen Angestellten werden es nicht vergessen, was denn die ganzen Vorlagen, von denen Herr GR. Kunschak bemerkt hat, dass sie eine Augenaufweiseri seien, für den öffentlichen Staatshaushalt und Gemeindehaushalt bedeuten.

Die neuen Ausgaben werden einen Betrag von 1300 Millionen Kronen erfordern und der Aufwand für die öffentlichen Angestellten wird sich nunmehr auf mehr als 3300 Millionen belaufen, eine Summe für einen Staat von 6 Millionen Einwohner, der gewiss/weitens höher ist, als bei jedem anderen Staat in der Welt. Das Defizit erhöht sich nunmehr auf 8500 Millionen im Jahre. Das zeigt die äusserst ernste Lage, in der wir uns befinden, die auf einer Seite den Beamten schwer macht, mit seinen Bezügen auszukommen, auf der anderen Seite auch für den Staat ganz unmöglich ist, denn wenn er für das Defizit keine andere Bedeckung hat, als den Banknotendruck, ist auch der Gehalt des öffentlichen Angestellten gefährdet. Denn was der Angestellte auf der einen Seite bekommt, wird ihm auf der anderen Seite

durch die Teuerung mehr als weggenommen. Aus diesem ernstesten Gesichtspunkte heraus, meine ich auch heute, dass nur Demagogie zum allerwenigsten die gegenwärtige Vorlage Anlass geben sollte. Wenn aber die Herren meinen, dass der Vorwurf gegen sie vor 14 Tagen ungeschäftigt gewesen sei, und dass hierfür die Vorlage gerade den besten Beweis liefe, mögen die Herren nicht vergessen, dass zwischen heute und dem 26. November etwas dazwischen liegt, nämlich die Tatsache, dass in diesen 14 Tagen eine Bedeckung dieser Forderung gefunden wurde. Die Bedeckung, die von der Gemeinde in der kurzen Frist gelöst werden konnte, dass der Staat die Ueberweisung machte, ist damit nicht gelöst für den Staat selbst. Wir sind ja alle einig, dass der Staat wie er im Friedensvertrage von St. Germain geschaffen wurde, ein Unfug sei, aber man muss fragen, ob in diesem Staate nicht manches geschehen ist, was die Ursache zu diesem Friedensvertrage war. (Beifall bei den Sozialdemokraten). Ich spreche nicht von der Kriegshetze. Der Herr Gemeinderat Vaugoin hat wahrscheinlich an den Anschluss an Deutschland gedacht. Wenn wir uns aber an die Anschlusspolitik erinnern, die von den verschiedenen Parteien getrieben wurde, werden wir uns über die Ursache ein wenig klar werden, die die Mächte in St. Germain veranlasste, das Anschlussverbot zu erlassen. Man kann behaupten, wenn der Oberste Rat gesehen hätte, dass die ganze Bevölkerung in Deutschösterreich wirklich einmütig den Anschluss an Deutschland

wolle, er sich wohl überlegt hätte, diesen Anschluss zu verbieten. Vergessen Sie nicht, wie die Reichspost und die ganze kapitalistische Presse gegen den Anschluss gehetzt hat. Jeder Bankier hat nur seine Kriegsanleihe gesehen, und hat gefürchtet, dass sie bei einem Anschluss an Deutschland noch notleidender würde. Die Gröss-Industriellen haben nur ihre Fabriken gesehen, die auf tschechoslowakischem Gebiete stehen. Diese Hetze blühen wir heute. (Neuerlicher Beifall bei den Sozialdemokraten).

Warum reden Sie immer so von jenen Zuständen hier, die gar so sehr das Ausland tangieren, warum reden Sie so, wenn das, was hier vorgeht Clemensau gar nicht interessiert? Da hat ja jede Politik gar keinen Sinn. In Wirklichkeit interessiert den Obersten Rat das, was in Oesterreich geschieht gar sehr und Ihre Hetze hat dazu geführt, dass bei der Entente eine Meinung entstehen musste, dass die Hetze doch von der Bevölkerung angehen müsse. Heute ist es ihnen unangenehm, wenn von diesen Dingen geredet wird. Die Herren der deutschnationalen Partei haben auch daran vergessen, dass auch in ihrer Partei Kreise waren, die in entscheidenden Augenblicke gegen den Anschluss gewesen sind. In Protokoll der Wirtschaftskommission in Steiermark vom 12. November 1918 sind die deutschnationalen Wortführer Steiermarks gegen den Anschluss aufgetreten und haben versucht, noch auf telefonischem Wege die Staatsregierung davon abzuhalten, dass am Nachmittag desselben Tages in der Nationalversammlung jenes Gesetz beschlossen werden sollte, dass besagt, dass Deutschösterreich ein Bestandteil des deutschen Reiches ist. Damals als entscheidend gesagt werden sollte, dass man den Anschluss haben muss, war auf der einen Seite Kägen, auf der anderen Seite unmittelbare Hetze zu sehen. Wir werden die Telegramme nicht vergessen, die in der bürgerlichen Presse veröffentlicht wurden und die der Wiener Bevölkerung mit faustgrossen Lettern vorgeführt worden sind. Heute ist das Unglück geschehen und wenn man für den Anschluss eintritt, so ist das keine Kunst. Wir haben durch den Friedensvertrag wenigstens vorläufig gebundene Hände.

Wenn die christlichsoziale Partei sich gegen den Vorwurf deckt, dass sie nicht für die Bedeckung der grossen Staatsauslagen und nicht gegen die Finanzreform sei, so deckt es sich um die Frage wie die Finanzreform aussehensoll. Auch die Frage wie die Vermögensabgabe ausschauen soll, ist sehr wichtig. Da wird man ja in kürzester Zeit Gelegenheit haben, zu sehen, wie die christlichsoziale Partei darüber denkt. Wenn die Beschlüsse der ver-

scheidenden Bauerntage massgebend sein werden für das Urteil, das die Herren über die Vermögensabgabe abgegeben haben, dann wird die Vermögensabgabe eine wertlose Institution sein, dann wird auch die Finanzreform nicht zu einer Fundierung des Staates und zur Sicherung der Beamtengelalte beitragen. Wenn die Vermögensabgabe dazu benutzt werden soll, um den Schiefern zu helfen, dann wird der Staat am Schlusse einen Berg von Papier haben, das er nur verbrennen kann. Und wenn er es verbrannt hat, so wird er 500 Millionen Kronen Zinsen ersparen, was aber bei einem Defizit von 6.500 Millionen Kronen nichts anmacht. Dann werden sich auch die öffentlichen Angestellten ihr Urteil bilden, da ja auch ihr Dasein zum Grossteile von der Vermögensabgabe abhängt. Es ist auch von ausländischen Kredit gesprochen worden, der geführt wird, in unserem Lande nicht Ruhe und Ordnung herrsche und es ist an uns appelliert worden für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Es ist schon in diesem Saale darauf hingewiesen worden, dass gerade solche Redenarten die schädlichsten für den Staat im Auslande sind, da es ein solcher Staat am allerwenigsten verträgt, dass fortwährend Kritik geübt wird. Es ist sehr leicht eine solche Politik zu machen. Und diese Politik wird von einer Partei gemacht, die selbst die Hälfte der Regierung bildet. Sie haben recht, es mangelt in maacher Beziehung an Ordnung und Ruhe im Lande. Aber haben Sie denn wirklich gedacht, dass 5 Jahre Weltkrieg an der Bevölkerung eines Landes wie Deutschösterreich spurlos vorübergehen können, dass man 6 Millionen Menschen aus dem gewesenen Oesterreich heranzureissen kann und ihnen den Befehl erteilen, keinen Augenblick länger zu morden und zu schlachten, und dass man ihnen sagen kann, jetzt ist alles aus und es geht alles wieder weiter wie vordem. Der Zusammenbruch hat alle Menschen in gleicher Weise getroffen und an den Folgen des ökonomischen und moralischen Zusammenbruches leiden wir heute alle. Diese Folgen können nicht über Nacht überwunden werden.

Ht man denn geglaubt, dass das Volk nach diesem Kriege alles beim alten lassen wird. Es war selbstverständlich, dass nach diesem Kriege eine grosse politische Umwälzung kommt, und diese Umwälzung beruhigt sich nicht, sogleich weder auf unser Kommando noch auf das Kommando irgend eines der Herren der christlichsozialen Partei. Darum wird jemand, der die Dinge ruhig beurteilt, nicht Zeter und Mordio schreien, wenn wegen irgend einer Kleinigkeit das Gesetz übertreten wird, umso weniger, wenn Herren der christlichsozialen Partei, welche grosse öffentliche Funktionen haben, zu der Unordnung im Staate mehr beitragen, als alle Explosionen von Seiten der Arbeiterschaft.

GR. Hedorfer (Soz.-Dem.): Bei den Bauernversammlungen.

GR. Danneberg: Es gibt Uebergriffe der Arbeiterräte, es gibt aber auch Uebergriffe der Bauernräte. Was soll man aber zu den Uebergriffen der Landesvertretungen sagen. Was soll man dazu sagen, wenn der Landesrat einen grossen österreichischen Landes in einer öffentlichen Versammlung erklärt, er pfiffe auf den Verfassungsgerichtshof.

GR. Angermayer (chr.-soz.): Das macht er den Arbeiterräten nach.

GR. Danneberg: Was soll man dazu sagen, wenn Herren dieser christlichsozialen Landesverwaltung öffentlich Beamte des Staates in Oberösterreich mit Strafen bedrohen, wenn sie die Befehle der Staatsverwaltung und nicht die der Landesverfassung ausführen. (Lebhafte Hört! Hört!-Rufe bei den Sozialdemokraten). Was soll man zu dem Treiben der christlichsozialen Herren im Vorarlberger Landtage sagen (Zwischenrufe bei den Christlichsozialen) Wenn die Christlichsozialen fortgesetzt eine revolutionäre Gedichtsperiode unter dem Gesichtspunkte des Strafgesetzes beurteilen, dann muss ich schon sagen, dass das Vorgehen gewisser christlichsozialer

Landesverwaltungen, z. B. zuletzt der Beschluss des Vorarlberger Landtages der nackte Hochverrat ist. (Rufe bei den Christl.-Soz.) Und in Tim 17)

GR. Schmitz (chr.-soz.) in Tirol haben Rappoldi u. s. w. für den Antrag gestimmt.

GR. Danneberg: Ich rede nicht vom Beschluss des Tiroler Landtages.

Der Beschluss des Tiroler Landtages richtet an die Staatsregierung einen Appell, der eigentlich etwas zu spät kommt. Weil eben vor diesem Appell die Staatsregierung schon ihre Deputation nach Paris geschickt hat.

Das ist etwas anderes, als was man im Vorarlberger Landtag getan hat.

Dagegen haben sich die Sozialdemokraten mit aller Entschiedenheit gewendet, dass ein Land einfach losgerissen wird von Deutschösterreich, ein solches Vorgehen, wie es diese Landesverwaltungen thun, ist vielleicht noch geeigneter, den Kredit im Auslande zu erschüttern als ein sogenannter oder wirklicher Uebergriff irgend eines Arbeiterzates. Das mögen sich die Herren deutlich vor Augen halten, wenn sie fortwährend über die Arbeiterräte reden. Wenn GR. Haider gesagt hätte, wir seien Schuld daran, dass die Hyänen und Ausbeuter ihr Vermögen in Sicherheit gebracht haben, so kann man eine solche Behauptung, nur in völliger Unkenntnis der Tatsachen aufstellen. Schuld daran ist, dass wir ein Jahr lang auf den Frieden warten mussten, und dass schon im November des vorigen Jahres in den ersten Wochen des Umsturzes, als von der Vermögensabgabe die Rede war, die Vertreter der Sukzessionsstaaten erklärt haben, die Vermögensabgabe dürfe nur gemacht werden, bis der Friedensvertrag da sei und die Frage der Staatsbürgerschaft geklärt ist.

Die Vorlage, die wir heute behandeln und deren Ergänzung das Besoldungsübergang in der Nationalversammlung ist, ist nur eine Seite der Frage. Die öffentlichen Angestellten werden nur dann von den Gehaltserhöhungen haben, wenn der Staat ein anderes Mittel bekommt, sein Defizit zu decken, als die Vermehrung des Banknotenlaufes. Wir werden sehen, ob wir bei allen Massnahmen, die da in die Wege zu leiten sind, die volle Unterstützung und das volle Verständnis bei den Christlichsozialen finden werden.

Wir haben ursprünglich gedacht, dass der Finanzausschuss morgen bereits die Vorlage über das Besoldungsübergangsgesetz der Nationalversammlung vorlegen könnte, es haben sich aber jetzt alle möglichen Angestellten-Organisationen mit Rekrimationen gegenüber der Vorlage gemeldet, infolgedessen hat der Finanzausschuss beschlossen, in die Beratung der Vorlage nicht sofort einzugehen, allerdings auch nicht das zu tun, was in einer Petition verlangt wurde, nämlich, die Beratung der Vorlage gleich auf einige Tage hinaus zu vertagen. Es ist merkwürdig, dass auf der einen Seite mit dem Streik gedroht wird, wenn die Vorlage nicht gemacht wird, und dass von der anderen Seite wieder, wenn sie schon da ist, ein Aufschub verlangt wird. Der Finanzausschuss hat ein Komitee, das aus allen Parteien zusammengesetzt ist, bestimmt, sich mit diesen neuen Vorschlägen zu befassen, und er wird deshalb erst morgen vormittag in der Lage sein, sich mit der Vorlage, welche heute vielleicht noch geändert wird zu befassen. Darum ist es über notwendig, in einem Beschlussantrag auszusprechen, was geschieht, wenn etwa in der Nationalversammlung Abänderungen des Gesetzes erfolgen sollten, welche die Gemeinde Wien und das Verhältnis ihrer Angestellten berühren. Dieser Beschlussantrag würde lauten:

Die Beschlüsse des Gemeinderates werden unter der Voraussetzung gefasst, dass das Besoldungsübergangsgesetz in der parlamentarischen Beratung keine Abänderung erfährt, welche die Fassung der Bestimmungen dieser Be-

schlüsse beeinflussen. Für diesen Fall behält sich der Gemeinderat die Abänderung der Bestimmung vor.

Dieser Antrag schädigt in keiner Weise die Interessen der Angestellten, weil ja alles für die Auszahlung der Beträge, welche vor Weihnachten erfolgen soll, dennoch vorgekehrt werden muss und vorgekehrt werden wird.

GR. Ertner (Deutschnational) gibt seiner Genehmigung Ausdruck dass diesmal nicht wie früher immer nur für Arbeiterkategorien sondern für die Beamten etwas geschehe. Der Finanzreferent habe erklärt, dass früher kein Geld vorhanden gewesen sei. Die Ursache, dass sich das Blatt gewendet habe, liege aber vielmehr darin, dass die Angestellten zur Tatgeschritten sind und mit dem Streik gedroht haben. Deshalb haben sie sich dafür entschlossen den Beamten auch das zu geben was ihnen schon lang gebührt hätte. Mit dieser Reform werde allerdings nicht viel gemacht denn in kürzester Zeit werde nach der Erhöhung der Gehalte, wieder eine Tenerung eintreten. Helfen könne nur der Anschluss an Deutschland. Gegenüber Dr. Danneberg sagt Redner, dass die Deutschnationalen stets für den Anschluss an Deutschland gewesen seien und dieser Anschluss hätte erfolgen können, wenn nicht Dr. Bauer mit seinen Unterhändlern nach St. Germain gegangen wäre, sondern Vertreter Deutschlands, die für beide Staaten die Unterhandlungen geführt hätten. Redner begrüsst die Vorlage, da endlich einmal auch für die Beamten etwas geschehe und erklärt dafür zu stimmen.

GR. Speiser (Soz.-Dem.) kommt in seinen Schlussworte auf die Ausführungen der einzelnen Redner in der Debatte zu sprechen und betont, dass von diesen die Vorlage im grossen und ganzen gebilligt wurde. Wenn von der Tätigkeit der Zwischenamtlichen Stelle als einer nicht fruchtbringenden gesprochen wurde, so müsse er darauf hinweisen, dass die Arbeiten dieser Stelle ja in den Anfängen liegen, sie daher nicht in jeder Beziehung klaglos geführt werden können. Das Zusammenarbeiten der Zwischenamtlichen Stelle mit der Industriekommission wird aber den von allen gewünschten Ausgleich in der Bezahlung aller arbeitenden Menschen herbeiführen. Am Schlusse dankt der Referent dem Staatskanzler Dr. Renner und dem Staatssekretär für Finanzen Dr. Reisch für ihr Entgegenkommen und ihre Mitarbeit, sowie allen, die an der Vorlage mitgearbeitet haben, im Namen der Bediensteten der Gemeinde Wien. GR. Kunschak (chr.-soz.) erklärt in einer tatsächlichen Berichtigung gegenüber den Ausführungen des Gemeinderates Danneberg, dass die Beamten die Vorlage der Staatsregierung als Augenauswischerei bezeichnet haben, weil sie nur die Grundgehälter und nicht auch die Vorrückungsverhältnisse regelt. Weiters berichtet der Redner, dass in den Kommissionen zur Beratung der Vorlage den Christlichsozialen nicht der entsprechende Einfluss eingeräumt worden sei. Er erklärt er, nicht die Christlichsozialen hätten den Anschluss an Deutschland verhindert, sondern der Friede von Versailles, der vor dem Frieden von St. Germain geschlossen wurde.

Bei der von Vize-Bürgermeister Emmerling hierauf eingeleiteten Abstimmung werden die Abänderungsanträge abgelehnt und die Referentenanträge mit dem Zusatzantrage des GR. Danneberg einstimmig angenommen.

GR. Kunschak (chr.-soz.) So objektiv sind nur die Christlichsozialen.

Hierauf werden die Zusatzanträge Haider und Vaugoin genügend unterstützt und gehen an den Stadtrat.

Vize-Bgm. Winter berichtet über die Organisierung der Schweizer Kinderzüge und die Durchführung der Aktion „Wiener Kinder nach Südtirol“ und beantragt die Bewilligung der hierfür notwendigen Kosten. Der Referent führt dabei aus: Ich kann die Angelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne unseren Schweizer Freunden öffentlich von der Gemeinderats-Tribüne aus wieder einmal Dank zu sagen, für ihr wirklich men-schenfreundliches Wirken zugunsten unserer Kinder. Mit dem letzten Zuge ist ein Vertreter der christlichen Ostschweiz und 2 Vertreter der sozialdemokratischen Ostschweiz nach Wien gekommen, alle drei in der einmütigen Absicht, den Wiener Kindern Trost zu bringen. Zwei Weihnachtszüge mit Wiener Kindern nach der Schweiz werden in den nächsten Tagen Wien verlassen. In Wien selbst haben ja die wenigsten Menschen einen Begriff von der ungeheuerlichen Not, die uns alle bedroht umso heisser muss unser Dank sein, denn wir dem Auslande zollen. Seit Einleitung der Winteraktion in Stadtrats sind bis Ende des heurigen Jahres 11854 Kinder ins Ausland gebracht worden. Den Löwenanteil davon hat wieder die Schweiz. Aber auch in allen anderen Ländern sind neue Züge bereits angemeldet. In ganz Ober-Italien haben sich die Sozialdemokratischen Gemeindeverwaltungen unter Führung Englands zusammengetan, um den Wiener Kindern ohne Unterschied der Partei beizuspringen. Nun schliesst sich auch Triest an, und in Deutschland hat eben eine ungeheuerere Bewegung eingesetzt. Andere schicken ausserdem Lebensmittel für Kinder und Eltern herein, und da marschiert Schweden an der Spitze, das seine Aktion zur Sendung von Brotgetreide inszeniert. Nach Abschluss derselben wird auf jede der 500.000 notleidenden Familien in Deutschösterreich ein Anteil von 5 Kilo Brotgetreide entfallen. So können wir annehmen, dass uns all dies über die grösste Gefahr hinüberbringen, die Gefahr, dass 100.000 Kinder verhungern oder durch die Hungererscheinungen schweren Schaden leiden.

Auch in Amerika und England haben sich Komitees gebildet, die der Not der Wiener Kinder mit geldlicher Hilfe steuern wollen. Aus Amerika sind auch bereits namhafte Geldebeträge eingelangt. Allen diesen, die sich um die Wiener Kinder annehmen, muss der Dank des Gemeinderates ausgesprochen werden.

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat) gibt seinem Befremden darüber Ausdruck, dass nicht auch unsere eigenen Staatsbürger, von denen sicherlich auch viele in der Lage wären, Wiener Kinder aufzunehmen, sich in den Dienst der Sache stellen.

Die Beratungen über dieses Referat werden sodann unterbrochen und es erstattet nur noch GR. Haackl ein dringendes Referat wegen Auflösung des mit der Gödinger Zuckerfabrik A.G. bestehend a Vieheinstillungsvertrages, das ohne Debatte genehmigt wird.

Die öffentliche Sitzung wird sodann geschlossen.